

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag. Freitags. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Postbezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikuswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Telephon
Redaktion 2552

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon
Expedition 2537

Nr. 8.

Danzig, den 24. Januar 1912.

3. Jahrgang.

Die sozialdemokratischen Stichwahlparolen für die Wahlkreise Elbing-Marienburg und Schwedt lauten auf Stimmenthaltung.

In Elbing-Marienburg stehen sich zwei konservative Kandidaten, der Agrarier v. Oldenburg und der freikonservative Schröder, in Schwedt der Freikonservative v. Halen und der Pole v. Sah-Jaworski als Stichwahlkandidaten gegenüber.

Der Pole darf nicht eine sozialdemokratische Stimme bekommen, weil uns Polen erklären, sie könnten für die sozialdemokratischen Stichwahlforderungen, des Fraktionszwanges wegen, im Reichstage nicht wirken. Sie würden sie höchstens innerhalb ihrer Fraktion vertreten. Damit ist der Pole für uns erledigt.

Die Konservativen dürfen schon deshalb nicht auf sozialdemokratische Stimmen rechnen, weil sie zum blauschwarzen Reaktionsblock gehören. Der agrarische und die freikonservativen Kandidaten (Reichsparteiler) in Elbing und in Schwedt dürfen die sozialdemokratischen Stichwahlforderungen nicht anerkennen, selbst wenn sie jetzt alles versprechen, was von ihnen verlangt wird.

Die freikonservative Post stellt zu allem Ueberflusse noch ausdrücklich fest,

„dass eine Untervergung unter diese (sozialdemokratischen) Bedingungen, mit dem Programm der Freikonservativen ganz unvereinbar sei.“

Die Freikonservativen sind, wie jeder Wissende längst erkannte, auch grimmige Feinde des Reichstagswahlrechts. In der freikonservativen Post schließt ein Artikel mit den Worten:

„Das Dreiklassenwahlrecht ist schlecht, aber die Schaffung von organisch gegliedertem Ober- und Unterhaus sehr wohl möglich. Das ungetriggerte Reichstagswahlrecht aber ist das denkbar Schlechteste.“

Der konservative Freiger v. d. Horst sagte in einer Rede vor der Hauptwahl nach der Münchener Zeitung:

„dass das Reichstagswahlrecht in ein Dreiklassenwahlrecht abgeändert werden müsse. Das heutige Wahlrecht zum Reichstage sei ungerecht, denn er, der Großgrundbesitzer, besitze nicht mehr Stimmrecht als jeder Hausierer.“

Die Sozialdemokratie darf weder rechts noch links blicken, sie muß unbeirrt daran festhalten: Nieder mit den Blauschwarzen! Von der Disziplin unserer Genossen erwarten wir, daß sie in Elbing-Marienburg und in Schwedt unbedingt Stimmenthaltung üben. Niemand darf seine Parteilehre aufs Spiel setzen, um einem Volkseind beizuspringen. Mögen die Gegner sehen, wie sie allein fertig werden. Unser Schild muß rein bleiben, unsere Kurierprobe und sieggetrännte Fahne darf von keinem Verräter an der Arbeiterschaft beunruhigt werden! Sozialdemokraten! Haltet Eurer Partei und Euch selbst die Treue!

Besiegte?

Stichwahlergebnis Danzig-Stadt:
Marxwald 10735 Stimmen,
Weinhausen 13578 Stimmen.
Gewählt: Weinhausen.

Stichwahlergebnis Danzig-Land:
Behl 7594 Stimmen,
Dörksen 11528 Stimmen.
Gewählt: Dörksen.

In unseren Ungunsten warf die Rone die Lose: Der Fortschrittler und der Reichsparteiler ziehen nach Berlin. Und doch, wer will sagen, daß wir Besiegte sind? Gegen vier Parteien schlagen wir uns. Konservative, Zentrumsleute, Liberale aller Farbtönen und auch der Heerbann der Polen — da möchte der proletarische Riese am Ende zu Boden gerungen werden. Dennoch gibt es wohl nicht einen unter unseren Genossen, der in der Haut der Gegner stecken möchte. Was wir errangen, erwartung unsere eigene Kraft! Daß dem so ist, lehrt auch eine nur oberflächliche Betrachtung der Stimmziffern. Mehr als 4000 der blauschwarzen Wähler stimmten aus Haß gegen die Sozialdemokratie für Weisau. Der Freisinn selber hätte nimmermehr eine so ledendende Mehrheit errungen, denn seine letzten Reservisten bot er schon in der Hauptwahl auf. Und wie der Erkorene der ehemaligen Handwerkerdemokraten auf Zentrums- und Junkerkrücken, zieht auch der „Polak“ Vertreter für den Landkreis, durch freimütige Hilfe in den Sattel gedoben, in den Reichstag ein.

Nicht genug damit, daß der Fortschritt die Weisungen seines eigenen Parteivorstandes verleugnete, eine Parole ausgab, wie sie jämmerlicher nicht gedacht werden konnte, o nein, bis auf den letzten Mann rückte der Fortschritt ins freikonservative Lager. Wir können das beweisen. In Weichselmünde erhielt Dörksen bei der Hauptwahl nicht eine Stimme, Hardmann dagegen 51 und Schümmer 15. Diesmal fielen auf Dörksen 67 Stimmen. Behl hatte in Weichselmünde bei der Hauptwahl 196 und bei der Stichwahl 202 Stimmen. — In Oliva musterten bei der Hauptwahl Dörksen 153, Hardmann 458 und Schümmer 733 Stimmen. Bei der Stichwahl konnte Dörksen hier 1232 Stimmen für sich buchen. — In Heubude stimmten am 12. Januar 21 Wähler für Dörksen, 92 für Hardmann

und 8 für Schümmer. Am Stichwahltag meldete Heubude 103 Stimmen für Dörksen. Für den Genossen Behl vollierten in Heubude bei der Hauptwahl 375, in der Stichwahl 437 Wähler. Diese Beispiele könnten weiter ausgedehnt werden. Nützlich ist es nicht, weil die klare Tatsache, daß sich gegen die Arbeiterschaft alle zusammenfanden, nicht verschleiert werden kann. Dennoch wäre der Sieg des Volksfeindes Dörksen niemals zustande gekommen, wenn nicht die katholischen Arbeiter übel beraten durch ihre Führer, sich gegen ihre Brüder gekehrt hätten. Auf den Fortschritt und sein Eintreten für uns rechneten unsere Parteigenossen von vornherein nicht viel. Aber daß Proletarier, Männer, die ihr Stückchen Brot so schwer verdienen wie wir, daß unsere Klassengenossen, die unter der Schutzgospolitik ebenso sehr leiden wie die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sich beidermaßen, den Mann, dessen Rute sie eben züchtigte, wieder zu wählen: Das ist bitter. Der schlimmste Feind des Arbeiters ist noch immer der Arbeiter.

Der Ausfall des Ringens löste bei unseren tapferen Genossen nicht Mutlosigkeit, sondern zielbewußte Entschlossenheit aus, die kommenden Kämpfe mit noch größerer Hingabe und Energie zu führen. Nicht einen Genossen, nicht eine Genossin, sahen wir am Abend der Schlacht betrübt oder verzweifelt. Im Gegenteil, stolz und ruhig hörten sie die Resultate, in der unerschütterlichen Gewißheit, daß das klassenbewußte Proletariat letzten Endes über alle Feinde siegen wird. Von Wahl zu Wahl steigen die sozialdemokratischen Wählerzahlen. Der Tag ist unvermeidlich, an welchem wir auch in Danzig-Stadt und -Land die rote Fahne hissen. Unser das Volk, unser die Zukunft.

Sowie ist klar, daß die Sozialdemokratie sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen darf. Profitinteressen und niedrige Selbstsucht kitten die kapitalistischen Klassen vor ernstlichen Entscheidungen immer wieder gegen das anstürmende Proletariat zusammen. Dann ersticht immer wieder der große Angstblock von den Konservativen bis zu den Freisinnigen.

Eine Schlacht ist wieder geschlagen. So ehrenvoll für uns, daß wir freudig daran gehen, die Organisationen der modernen Arbeiterbewegung nach innen und außen auszubauen. Die 18330 sozialdemokratischen Wähler in beiden Wahlkreisen müssen 18330 organisierte Sozialdemokraten und Volkswachtabonnenten werden. Neue Kriegsmittel sind zu sammeln.

Vorwärts, Genossen und Genossinnen, bereitet neue Kämpfe, neue Erfolge vor.

Der erste Stichwahltag.

Die Reihe der am 20. Januar fälligen Stichwahlen enthielt nicht die für die Sozialdemokratie günstigen Kreise. Trotzdem herrscht der Draht acht neue sozialdemokratische Siege!

Dresden - Altstadt entfernte den vom Zentrum unterstützten rechtsnationalliberalen Richter Heintze wieder aus dem Reichstag und wählte unseren Genossen Gradnauer, der den Kreis früher schon vertrat. In Löbau - Pegau pflanzte der Beamte des Textilarbeiterverbandes, Genosse Krähig, das rote Banner auf, und Freiberg - Oederan, das einstmals den Knuten-Verteil in den Reichstag schickte, erkor sich in dem Genossen Wendel aus Frankfurt a. M. einen roten Vertreter. Rostock in Mecklenburg hat den Liberalen ebenfalls sat und schied seinen alten Vertreter, den Genossen Rechtsanwalt Dr. Herzfeld wieder nach Berlin.

Freudige Botschaft kommt aus Kurhessen und Bayern. Die Reibend- und Kemtenstodi Kassa legte schon in der Hauptwahl den Kadav-Anrüssen Lotmann zum Tuschel und mußte nun entscheiden zwischen dem nationalliberalen Landrat Dr. Schröder und unserm Genossen, dem Gauleiter des Bauarbeiterverbandes Hiltmann. Kassel erwählte den besseren Teil und hißt zum erstenmal die rote Fahne. Ebenso brach der benachbarte Wahlkreis Eschwege - Schmalkalden, der alte Stammsitz der Antisemiten, mit dieser „Liebe“. Er entsandte unseren Parteisekretär Thöne aus Kassel ins Parlament.

Aus der Provinz Hannover, die bisher nur einen sozialdemokratischen Abgeordneten hatte, wird Genosse Fischer als Abgeordneter für Hameln - Springe in den Reichstag einziehen. Dieser Wahlkreis wurde den Nationalliberalen entrisen.

Im achten Kreis, Würzburg in Bayern, unterlag das Zentrum und die Sozialdemokratie eroberte das Mandat für unseren Genossen Franz Schütz aus München.

Wie nicht anders zu erwarten, sind in der langen Reihe der Stichwahlkreise auch einige, die bisher sozialdemokratisch vertreten waren, wieder an die Gegner zurückgefallen. Besonders schmerzhaft ist der Verlust von Karlsruhe, der lange Jahre hindurch den Genossen Adolf Ged als Vertreter erkor und nun durch ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei vertreten wird. Ebenfalls verloren wurde Neckerwinde - Niedersom, wo in der Reichswahl der Genosse Kuhn gewählt war. Er mußte jetzt wieder dem Junker Böhlendorf Platz machen. In der Nachwahl war auch in Koburg der Genosse Ziehl gewählt, der jetzt in der Stichwahl wieder dem Nationalliberalen unterlag. Leider sind auch die Kreise Wiesbaden mit dem Genossen Lehmann und Bielefeld-Wiedenbrück mit Severing verloren gegangen. Wiesbaden wird wieder der frühere nationalliberale Abgeordnete Bartling vertreten und aus Bielefeld trägt Graf Poldowski sein Sammelhuhn ins Reichsparlament. Derartige Verluste waren bei jedem großen Wahlkampf zu verzeichnen, sie werden für uns desto aufgewogener durch den Zuwachs, den wir aus andern Kreisen auch an diesem ersten Stichwahltag erhielten.

In Borna - Pegau ist der Reichsverbandsgeneral v. Liebert mit ganzen 24 Stimmen gegenüber unserm Genossen Koffel

in Führung geblieben. Stolz darf er so wenig wie sein nationalliberaler Helfer auf diesen Sieg sein!

Am 20. Januar wurden gewählt: 8 Sozialdemokraten, 19 Fortschrittler, 20 Nationalliberale, 9 Konservative, 6 Freikonservative, 2 Deutsche Reformpartei, 4 Wirtschaftliche Vereinigung, 7 Zentrum, 2 Welfen, 1 Bauernbund, 2 Wilde.

Der zweite Stichwahltag.

Der Abend des zweiten Stichwahltagessah die sozialdemokratische Fraktion als die stärkste unter den Parteienvertretungen. 27 Mandate gewannen unsere Genossen von den 80, die zur Wahl standen. Damit steigt die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 99. Das Zentrum brachte es bis zur Stunde nur auf 91 Sitze. Es verlor die Stadt Köln an uns. Ob die Kömlinge nun merken, daß es lag?

Sozialdemokraten wurden in folgenden Kreisen gewählt: Rottbus-Spremberg: Giebel. Breslau Ost: Bauer. Jerschow 1 und 11: Haupt. Niersleben-Halberstadt, Brandes. Bitterfeld-Deulitz: Raute. Hildesheim: Raue. Einbeck-Northem: Deigmann. Hagen: König. Höchst-Homburg: Brühne. Frankfurt a. M.: Dr. Querk. Köln a. Rh.: Hofrichter. Kassel-Lautern: Hoffmann. Bayreuth: Hügel. Ausbach-Schwabach: Hierl. Plauen: Jäckel. Heilbronn: Feuerstein. Darmstadt: Quessel. Erbach-Beisheim: Halenzahl. Weimar: Wandert. Jena: Leutert. Sachsen-Altenburg: Käppler. Dessau: Heinz. Bernburg: Bender. Rostock i. E.: Peivotes. Straßburg-Land: Fuchs. Meß: Well. Götting: Taubadel.

Weiter sind am zweiten Stichwahltag gewählt: 5 Konservative, 1 Reichsparteiler, 4 Wirtschaftliche Vereinigung, 2 Bayerischer Bauernbund, 3 Zentrumsanhänger, 2 Polen, 13 Nationalliberale, 19 Fortschrittler, 3 Welfen, 1 Eschäfer und 1 Wilder. Am 25. Januar finden die letzten Stichwahlen statt.

Politische Übersicht.

Das geschlagene Zentrum!

Langen genug haben wir es zu hören bekommen, daß das Zentrum die einzige Partei sei, die in der Lage ist, die rote Flutwelle der Sozialdemokratie aufzuhalten. Mit dieser schwarzen Phrase wird nun jetzt wohl keinen Hund mehr hinter dem Ofen hinweggelockt. Das Zentrum kehrt als eine geschlagene Partei aus dem Hauptwahlkampf zurück, während die Sozialdemokratie als unbeschnittene Siegerin gefeiert oder gefürchtet wird. Und vom Zentrum am meisten gefürchtet! Hat sich doch die rote Flutwelle auch über die schwarzen und schwarzesten Zentrumsdomänen ergossen, überall da, wo das Zentrum glaubte, die sichersten Dämme gezogen zu haben. Wo nie eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden, wohin sozialdemokratische Flugblätterverbreiter nur mit Gefahr ihres Lebens und ihrer Gesundheit, wegen des Zentrumsakrois, hingelangen konnten, da keimt und ipriest der Samen der Sozialdemokratie. Das ist, was dem Zentrum doppelt schmerzhaft sein wird. Dem Zentrum geht es genau so wie anderen Parteien, wo die bewundernde Arbeit der Sozialdemokratie einsetzt, da heißt es zurückweichen. Da jähzt kein Fanatismus, kein Terror, keine noch so gesteigerte Verleumdungssucht.

Nach den vorliegenden Meldungen hat das Zentrum bei der Hauptwahl 2 012 990 Stimmen aufgebracht, gegen 1907 weniger, 1 667 753 Stimmen! Nun fällt nicht die ganze zuletz genannte Zahl auf das Verlustkonto des Zentrums. In den Wahlkreisen Lindburg-Diez, Karlsruhe-Bruchsal, Bielefeld, Wiesbaden, Kreuznach, Sierlohn-Altena, Hildesheim, Weßlar-Altenkirchen, Freudenstadt, Lennep-Kemscheid, Breslau-Ost, Dillenburg, Göttingen-Gmund, Ulm, Kaiserslautern, Breslau-West, Jauer-Landeshut, Schwelm-Estrigau, Danzig, Ohlau-Strehlen und Jorschheim, brachte das Zentrum 1907 insgesamt 140 000 Stimmen auf. Jetzt hatte es auf eigene Kandidaten verzichtet, um so anderen Parteien in ären und agrarischen Parteien die Möglichkeit zu geben, entweder im ersten Wahlgang zu siegen oder in die Stichwahlen zu gelangen. Das Zentrum wollte mit diesem Winkelfug zeigen, daß es nicht nur ein Bollwerk gegen die sozialdemokratisch-liberalen Parteien, sondern daß es auch eine feste Stütze für die Reaktion in Preußen-Deutschland bildet. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Das gilt vom Zentrum. Und es wird Sorge geben werden, daß der schwarzen „Volkspartei“ dieses Bündnis nach den Wahlen oft genug vorgehalten werden wird.

Dennoch bleibt bei alledem noch ein Stimmennrückzug für das Zentrum übrig, der erst recht ins Gewicht fällt, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Wahlberechtigten um 1,8 bis 2 Millionen gestiegen ist. Von diesem Zuwachs hat keine der Parteien im Schnapsblock profitiert, auch nicht die Konservativen, die angeblich 60 000 Stimmen gewonnen haben wollen. Diese Stimmen sind die Zentrumsstimmen von Jahre 1907. Der Schnapsblock ist der ganzen Linie geschlagen, das Zentrum schlingt sich an seine Freunde. Hat doch das Zentrum mehr verloren als nur Stimmen. Sein politisches Prestige, soweit es auf solches pedte, ist hin. Wer das Zentrum noch als etwas Unüberwindliches hinstellt, wird ausgelacht werden.

Von 1803 auf 1907 vermochte das Zentrum seine Stimmen von 1 876 097 auf 2 179 743 zu steigern, jetzt geht es leer aus. Und viel schlimmer wäre es geworden, wenn sich das Zentrum auf seinen eigenen Mutterboden — die ländlichen Gebiete — hätte verlassen müssen. In den verschiedenen Industriegebieten brachte es jetzt noch ansehnliche Stimmenerlöse auf, so in Dortmund-Hörde 3464, Bochum-Gelsenkirchen 3744, Recklinghausen-Dorfen 4414, Essen 4871, Duisburg-Mülheim 4463, Buxtehude 4929, Rattowitz 4781, Saarbrücken 3387 und Köln-Land 5423 Stimmen mehr. Durch gute Organisation und durch eine Politik, die sich nach außen hin radikal gebietet, weiß sich das Zentrum in den verschiedenen Bezirken, besonders in Gegenden mit zuwandernder Bevölkerung, noch zu behaupten. Aber was wollen diese Stimmenerlöse besagen? Der Anteil des Zentrums mit seinem Stimmengewinn bleibt auch hier hinter der gesteigerten Zahl der Wähler zurück. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschlag.

Gegen den Zuchthausfreisinn!

Eine Rieserversammlung im Cafe Alt-Weinberg beschloß am 21. Januar die Werbe- und Wahlarbeit unserer Partei. Wenn die Ruhmbekandtheit der Danziger Zeitung die freisinnige Versammlung am 19. als die überfüllteste aller bisherigen Wahlversammlungen bezeichnete, so war das schon falsch. Mindestens die Versammlung, in der Marckwald sein Programm entwickelte, ist von keiner freisinnigen oder andern Versammlung übertroffen. Mit unserer letzten Versammlung, in der Genosse Haase als neuer Reichstagsabgeordneter das Referat hielt, konnten sich die bürgerlichen Veranstaltungen noch viel weniger messen. In der Mehrzahl waren es Proletarier und ihre Frauen, die den Genossen Haase hören wollten. Aber auch das Bürgertum war stark vertreten. Die Bestienmoral, die ein Weinhausen der Kulturpartei der Arbeiter zu unterstellen nicht scheut, schreit anständig denkende Bürgerliche doch nicht.

Genosse Haase feierte den 12. Januar als den Tag des Sozialismus. Er sicherte den Weltfrieden viel mehr als alle Kanonen und Panzerschiffe. Hätten wir nicht die wohlthätigende Wahlkreiseinteilung, so wäre der schwarzblaue Block schon endgültig zertrümmert. Möglich sei das noch. Seit gestern abend sei aber die Hoffnung zurückgegangen. Die Fortschrittler gewannen zwar in der Hauptwahl kein Mandat, nahmen aber an Stimmen zu. In der Stichwahl stimmten wir für die Freisinnigen. Ihr Zentralauschuß habe auererkennenswerter Weise aufgefordert, keine Schwarzblauen zu wählen. Er sagte aber nicht: Wählt den Sozialdemokraten, obwohl es die notwendige Folge sein mußte. Wenn es auch die Danziger Freisinnigen nicht wahr haben wollten, so siehe doch zwischen den Zeilen des Ausrufes: Der Schnapsblock darf nicht wiederkehren. Am 20. Januar waren bereits 77 Stichwahlen und die Fortschrittler sind mit fliegenden Fahnen in das Lager ihrer Feinde übergegangen. Sie haben, statt den Sozialdemokraten zu wählen, den Gegner gestärkt. Er verstehe die unangenehme Situation des Danziger Freisinnigen, der in der Stadt konservative Hilfe brauche. Aber mit Würde müsse doch stets gekämpft werden. In Danzig-Land haben die Fortschrittler nicht einmal das getan, was ihre Leitung ihnen riet. Sie sagten: Wählt, wen ihr wollt, auch konservative schaden nichts! Als er, Haase, von Berlin abfuhr, wollte er ganz anders sprechen. Als er die letzte Rede Weinhausens gelesen, da habe er sich bis in die Seele Weinhausens hinein geschämt. Jetzt sei es notwendig, hier doch wieder Fraktur zu reden. Die Danziger Zeitung bietet heute den früheren Blockbrüdern schon wieder die Bruderhand. Weinhausen wollte in der letzten Rede das Zentrum nicht für sich gewinnen. Dann schilderte er aber, wie die katholischen Geistlichen in Steglitz für ihn agitieren. Damit soll natürlich nur gesagt werden, daß das in Danzig nicht geschehen soll. Die Danziger Zeitung rühmt B. als keinen engherzigen Parteimann. Das ist noch schlimmer, als wenn manche Frau weitherzig ist. Der Mann der gesamten Bevölkerung will Weinhausen sein, was wird er aber tun, wenn die Differenzen in der Bevölkerung zusammenstoßen? Für alle Militär- und Flottenforderungen will er mit Hurra stimmen. Ihm genügt die Milliardenvergeudung für die Rüstungen noch nicht. Wehrlos wollen auch wir das Volk nicht machen. Im letzten Reichstage forderten wir Verhandlungen zur Beschränkung der Rüstungen unter den Staaten. Die anderen Parteien und mit ihnen die Fortschrittler lehnten den Antrag ab. Wer Weinhausen wählt, erhöht die Kriegsgefahr. 200 Millionen soll die neue Flottenvorlage kosten. 150 Millionen fordern die Rüstungskosten schon jetzt jährlich. Für die Soldaten und die Veteranen fehlt aber stets das Geld. Für Panzerschiffe, die 60 Millionen kosten, fehlt es nie. Die neuen Lasten sollen durch ein Petroleum-Monopol wieder dem armen Volke aufgedrückt werden. Nur sozialdemokratische Vertreter werden diese Gefahr verhindern. Die Sozialdemokratie fordert alles durch das Volk für das Volk. Weinhausen wolle königstreu bis auf die Knochen sein. Er sei jetzt also nicht einmal für China, dem Land der längsten Zöpfe, brauchbar. — Geradezu blödsinnig sei es, wenn gesagt werde, die Sozialdemokratie vernichte den Mittelstand. Sie stelle einfach fest, daß der Kapitalismus das tut. Wer die Kälte ankündigt, verursache sie doch auch nicht. Der Freisinn möchte über seine Steuerlünden von 1909 einen dicken Schleier ziehen. Für den die Arbeiterschaft entrednenden Wechselbalg der Reichsversicherung-Ordnung sei der Freisinn ebenfalls gewesen. Wenn eine Zuchthausvorlage komme, so werde Weinhausen nicht zu sehr widerstreben. Er will ja den Terrorismus der Sozialdemokratie nachdrücklich bekämpfen sehen!

Mit lebhaftem Beifall dankte die gewaltige Versammlung dem Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie für seine Abrechnung mit dem Danziger „Freisinn“.

In der Diskussion erklärte Herr Reimer vom Zentrum: Seine Partei habe beschlossen: Keine Stimme für Weinhausen. Er halte den offenen Gegner für besser als den heimtückischen. Deshalb werde er für Marckwald stimmen! Die Behauptung des Redners, daß die Sozialdemokratie nach einer Erklärung über die Religion bekämpfe, widerlegte Genosse Haase auf der Stelle. Er wies nach, daß Bebel niemals die Verpflüchtung zum Atheismus für die Partei ausgesprochen habe.

Herr Jakobow schilderte seine Erfahrungen mit der Justiz, um zu zeigen, wie Sozialdemokraten geächtet werden. Dann kam, mit lebhaftem Beifall begrüßt, Genosse Marckwald das Wort, um die Darlegungen des Genossen Haase zu ergänzen.

Genosse Bartel beleuchtete noch das Verhalten des Freisinnigen und seines Kandidaten im Landkreise. Auch die Zentrumsblätter des Landkreises dürften nicht für den kulibgeisterteren garrier Doerchen stimmen. Trotz der Hilfe, die Weinhausen im Hanfabunde und Reichsverbande erhalte, müsse mit Aufregung der letzten Kraft möglichst schon am 22. Januar das rote Banner Danzigs durch die Wahl Marckwalds geehrt werden. Genosse Seßin mahnte zur Wahlhilfe.

Wichtig tönte das Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie durch den weiten Raum. Dann stuteten die Massen der Stadt zurück, die der Zuchthausfreisinn eines Weinhausen arfmalcherisch als terroristisch wütende Vandalen brandmarken können glaubte. Er soll es nicht umsonst gesagt haben! Im stillen Kraftbewußtsein dieser Laufende lag die Verurteilung, daß der Tag der endgültigen Abrechnung nicht mehr ferne ist.

Eine allgemeine Wählerversammlung, einberufen von Ähnlern der Reichstadt, die die freisinnige Saalverweigerung ablehnten, tagte wieder am 21. Januar gegen Mittag im Werbehaufe. Eingeladen waren öffentlich wieder sämtliche Parteien, beide Stichwahlkandidaten und der neueste Helfersher Weinhausens, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Erschienen war aber nur Marckwald. Die Danziger Versammlung machte noch am Sonnabend Abend gegen die Verweigerung, Weinhausen habe keine Zeit dorthin zu kommen, weil er in einer anderen Versammlung sein müsse, in der ein Berliner Referent sprach. Der mutige Held zog es also vor,

die Sozialdemokratie hinter verschlossenen Türen verleumderisch zu denunzieren. Die Danziger Zeitung hatte vollen Erfolg; die Verammlung war außerordentlich stark besucht. Genosse Marckwald sprach allein. Kein einziger Gegner wagte sich hier in der Mitte des freisinnigen Hauptquartiers auf neutralem Boden gegen die Sozialdemokratie heraus. Das freisinnige Heldentum kann mit andern Waffen als Terrorismus und Demagogik nicht mehr kämpfen. Der Tag war ein voller Erfolg der Sozialdemokratie.

Invalidentversicherungspflicht für Alters- und Militärrentenempfänger. Personen, die, obwohl sie Militär- oder Altersrente bezogen, noch einer Erwerbsarbeit nachgehen mußten, konnten bisher von dem Kleben von Invalidentmarken entbunden werden. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Militärrentenempfänger und Personen über 70 Jahre, die auf Antrag befreit waren, unterliegen ab 1. Januar 1912 der Versicherungspflicht und können erneut nicht befreit werden.

Ferner sind bekanntlich neu einbezogen in die Invalidentversicherungspflicht gemäß § 1226 Ziffer 3 und 4 der Reichsversicherungsordnung die Gehilfen und Lehrlinge in den Apotheken sowie Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, sofern ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt.

Die Verantwortung für das Markenkleben hat der Unternehmer, doch sollte jeder selbst auch auf das Kleben achten, um sich Scherereien zu sparen.

Kapitalistische Verschönerung. Der liberale Holzmillionär und Kommerzienrat Otto Münsterberg hat sein Geschäft mit der Firma Holzpedition vereinigt. Geschäftsführer des neuen vergrößerten Unternehmens bleibt Münsterberg.

Der Verrat der Freisinnigen von Danzig-Land. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei gab für die Stichwahlen allgemein die Parole aus: „Keine Stimme für ein Mitglied der deutsch-konservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung oder einer anderen antisemitischen Gruppe.“

Bis Freitag, den 19. Januar, warteten wir vergeblich auf die Erklärung der Liberalen von Danzig-Land für die Stichwahl zwischen unserem Genossen Sehl und dem Reichsparteiler Dörksen. Im Auftrage der sozialdemokratischen Parteileitung für Danzig-Land fragte Genosse Crispian dann am Freitag beim liberalen Wahlbureau telephonisch an, welche Lösung die Freisinnigen für Danzig-Land ausgeben wollen. Der freisinnige Parteisekretär Herr Kreil antwortete, es werde abends in drei Zeitungen veröffentlicht werden: Keine Stimme für der blaue schwarzen Block! Aber das weitere sollten die liberalen Wähler freie Hand behalten.

Während nun die Volkswacht diese Parole wiedergab, lasen wir zu unserem großen Erstaunen, in den bürgerlichen Danziger Zeitungen die schwächliche Erklärung daß die Liberalen von Danzig-Land es ihren Wählern nach bestem Wissen und Gewissen überlassen, selbst zu entscheiden, für welchen Kandidaten sie stimmen wollen. Kein Wort gegen die Blauschwarzen!

Dieser elenden Waghalsigkeit verdankt es das Volk, daß diesmal noch der Rektionär Dörksen triumphiert. Mögen sich das alle aufrechten Männer für die Zukunft merken.

Soziales.

Praktisches Christentum.

In der Nähe der englischen Stadt Colchester spielten sich kürzlich herzerregende Szenen ab. Unter den Vermüßungen der Menge wurden sechs Kleinpächter mit Frauen und Kindern auf die Straße geschleift. Der Agent der Landgesellschaft ging mit dem Gerichtsdienere, einigen Polizisten und Landarbeitern von einem Häuschen zum andern. Die Fenster wurden eingeschlagen, die Haustür aufgeschoben und dann die arbeitslose Habe der Einwohner in den Schmutz geworfen. Den Sachen folgten die Personen und bald stand vor jedem Häuschen, vor Kälte zitternd, ein unglücklicher Vater mit seiner verzweifeltten Frau und weinenden Kindern. Der Agent der Gesellschaft, ein Oberstleutnant, hatte kein Erbarmen; er half selbst eifrig beim Zertrümmern der Fensterscheiben. Eine der hinausgeworfenen Familien bestand aus dem Manne, seiner kranken Frau und sieben Kindern. Die kranke Mutter wurde hinausgetragen und auf der Straße auf einige Kisten der Familie niedergelegt. In der eiskalten Luft bekam sie einen Ohnmachtsanfall. Die schluchzenden Kleinen umgaben die Mutter; der Mann stand ratlos und verzweifelt an ihrer Seite. Unterdessen waltete der „Oberstleutnant“ seines schmutzigen Amtes, unbekümmert um all das Elend und die Flüche und Vermüßungen der Volksmenge. Doch jetzt weigerten sich die vier Arbeiter der Gesellschaft, weiter mitzutun. Es wurde ihnen bedeutet, daß sie ihre Humanität mit der Entlassung aus dem Dienste bezahlen müßten.

Und wer war diese harteherzige Gesellschaft, die mitten im Winter Frauen und Kinder auf die Straße hinaustrieb und obdachlos machte? Es war die Heilsarmee (!), jene vor Frömmigkeit triefenden heulenden Derwische des Christentums, die hier ihre Prinzipien in die Praxis umsetzten. Und der „Oberstleutnant“ war ein Beamter der Heilsarmee. Vor einigen Jahren hinterließ ein englischer Millionär dem General Booth eine Summe von 100 000 Pfund Sterling, die dazu dienen sollte, Leute auf kleinen Ötern anzusiedeln. Das Experiment oder die fromme Geschäftsführung der Heilsarmee scheint sich aber nicht bewährt zu haben. Die bisher dem Namen nach freien Pächter sollen deshalb in Lohnarbeiter verwandelt werden, und wer sich dieser Umwandlung nicht unterziehen will, wird deswogen und unter dem Vorwand, daß er unfähig sei, kurzerhand hinausgeworfen. Die ermittelten Familien bilden die erste Partie dieser Leute. Wie es diesen Pächtern unter dem Schutze der Heilsarmee ergangen ist, schildert ein Spezialkorrespondent der Daily News in einer Reihe ausführlicher Artikel. So war der Pächter, dessen kranke Frau auf die Straße getrieben wurde, ein Kapellmeister der Heilsarmee, der mit der Landwirtschaft gut vertraut ist. Ein Schwindelchensanfall, von dem er sich erholt, bestimmte ihn, seinen Beruf (Wagenbauer) zu verlassen und im Interesse seiner Gesundheit die in der Jugend erworbenen landwirtschaftlichen Kenntnisse zu verwerten. Die Heilsarmee setzte ihn auf ein Stück armes Land, das einmal mit einem Dampfzug durchgepflügt worden war. Die hinterlassenen Furchen waren so groß, daß sich nach dem Zeugnis eines benachbarten Bauern ein Mensch leicht hätte hineinlegen können. Vier Monate brauchte der Mann, um mit Hacke und Schaufel des Land zu ebenen. Dabei arbeitete er von 4 Uhr morgens bis 10 und 11 Uhr abends und manchmal noch in der Nacht. Schließlich wurde er krank, was einen recht wundernehmen kann. Ein Bitte um ein Darlehen wurde von der Heilsarmee abgeschlagen. Bei alledem mußte dieser Unglücksmensch mit der kranken Frau und dem Haufen Kinder noch in der von der Heilsarmee autokratisch verwalteten „Genossenschaft“ eintaufen, wo er alles viel teurer bezahlen mußte als bei Privathändlern. Und jetzt muß er die mit seinem Schweiß und mit seinem Lebensblut getränkte Scholle als Bettler obdachlos verlassen.

Die schwerste Schuld in dieser Tragödie trifft den frommen Millionär, der einer heuchlerischen Volksverblöding da noch auszubenten versteht, wo der gewöhnliche Kapitalist längst alle Hoffnung aufgegeben hat.

Gerichtliches.

Das Krankenhaus in Mühlberg an der Elbe.

Eine Staatsaktion, die wieder einmal gründlich vorbeigelungen ist, unternahm der Staatsanwalt vor der Halle'schen Strafkammer in einem Prozeß gegen das Volksblatt. Der Redakteur, Genosse Kasparek, sollte die Krankenhausverwaltung in Mühlberg bei Torgau beledigt haben. Eines Tages im September v. Js. hatte ein polnischer Arbeiter, nur mit Hemd und mit einer Decke bedeckt, aus dem städtischen Krankenhause in Mühlberg die Flucht ergriffen. Der Kranke erklärte, aus Hunger entlaufen zu sein. Das Volksblatt berichtete darüber und kritisierte auch die unsauberen Zustände in dem Krankenhause. Genosse Kasparek trat der Wahrheitsweis an, der sich zu einer schweren Anklage gegen das städtische Institut gestaltete.

So sagte der Arbeiter Paul Bönsch, der acht Monate in dem Krankenhause verweilen mußte, aus: Meine Hemden gab es gewöhnlich alle 14 Tage. Es kam aber auch vor, daß man ein Hemd sechs Wochen tragen mußte. Zuweilen hatten wir bei Schwitzkuren wochenlang zwei Hemden zum Auswechseln. Da ordnete die Diakonissin Marie an, daß das reine Hemd am Tage und das dreckige in der Nacht getragen werden mußte. Meine Strümpfe trug ich von Ostern bis Mitte August. Da ich Schweißfüße habe, waren die Strümpfe detartig steif geworden, daß sie stauben und ich hinein-huppen konnte. Einmal sollte ich meinen kranken Fuß mit sieben Wunden in einem Wasser baden, in dem sich schon drei Personen gewaschen hatten. Die 19-jährige Diensthaid Marie Apik befindet, eines Tages als Patientin im Krankenhause Wurf bekommen zu haben, in der sich lauter Maden befanden. Die in einem Teelöffel gesammelten Maden habe sie der Schwester Marie gezeigt und die Wurf habe sie zum Fenster hinausgeworfen. Der Arbeiter Schnee sagte aus, er habe ein Butterbrot „mit Käse“ bekommen, auf dem er keinen Käse gesehen, sondern nur etwas von Käse gerochen habe.

Sehr resolut benahm sich die Schwester Marie, die meinte, der Artikel sei aus reiner Nachsicht geschrieben worden. Dem angeblich aus Hunger entwichenen polnischen Arbeiter sei eine gewisse „Diät“, „Milchkaffee und Brütchen“, verordnet worden; „denn ein Polen-magen könne nicht beurteilen“, verordnet worden; „denn ein Polen-magen mit der Leibwäsche in der geschützten Weise versehen sei, könne sie sich „gar nicht denken“. Die Ärzte wollen von Unsauberkeiten nichts gemerkt haben. Eine Zeugin, Frau Brill, bekundete aber, Schwester Adelheid habe gesagt, die Schilderung im „Volksblatt“ sei richtig gewesen, und es sei ganz gut, wenn so etwas mal ins Blatt komme.

Der Herr Staatsanwalt „würdigte“ die Beweisaufnahme in etwa folgender Weise: Gewiß haben die Zeugen absichtlich nichts Falches beschworen. Sie haben aber vielleicht übertrieben oder jaule Weise gemacht. Daß Wurf mit Maden verabschiedet werde, könne wohl passieren; was könne aber das Krankenhaus dafür? Der Staatsanwalt meinte schließlich ernstlich das Richtige zu treffen, als er gegen den Genossen Kasparek eine Geldstrafe von „nur“ 800 Mark, eventuell 160 Tage Gefängnis, beantragte. Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf kostenlose Freisprechung mit der Begründung, die Kritik der Zustände im Krankenhause sei doch in mancher Beziehung berechtigt gewesen. Hinsichtlich der Leibwäsche sei nicht alles in Ordnung gewesen.

Vermischtes.

Die Vermögensverteilung in Preußen.

Nach einer Mitteilung der Statistischen Korrespondenz betragen im Jahre 1910 die Sparkasseneinlagen in Preußen insgesamt 11 106 Millionen Mark, pro Kopf der preussischen Bevölkerung also 276 Mark. Da unsere Rektionäre so gern mit den Sparkasseneinlagen, als den angeblichen Spargroschen der nichtbesitzenden Klasse, renummieren, seien den Sparkasseneinlagen einige andere interessante Ziffern gegenübergestellt.

Zur Vermögenssteuer waren in Preußen 1908 veranlagt:

Personen:	mit einem Vermögen
3 787 mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 Mark.	15 400 Millionen
17 811 mit einem Jahreseinkommen von 30 500 bis 100 000 Mark.	14 070 Millionen
21 598 Personen	29 470 Millionen

Also die 21 598 reichsten Leute in Preußen besaßen 29 470 Millionen Vermögen, während auf circa 12 Millionen Sparkasseneinlagen nur 11 106 Millionen Einlagen entfielen!

Eine Handvoll von Millionären besaß also fast dreimal soviel Vermögen, als die vielen Millionen Sparkasseneinlagenbesitzer zusammen genommen!

Dabei entfällt der weitaus größte Teil der Sparkasseneinlagen gar nicht auf die proletarischen Sparkasseneinlagenbesitzer!

Redaktion und Expedition

einer Zeitung sind völlig voneinander getrennte Begriffe. Wer eine geschäftliche Anknüpfung (Inserat usw. gegen Bezahlung) in der Volkswacht aufgeben will, der wende sich an die Expedition, Paradiesgasse 32, an die auch alle Geldsendungen für Inserats-Abonnements usw. zu richten sind. Beschwerden über mangelhafte Zustellung der Volkswacht haben die Postabonnenten jedoch beim zuständigen Postamt anzubringen. — Wer eine Nachricht zur Aufnahme in den Teil der Volkswacht (lokales oder Provinziales) einreichen will, der tue dies an die Redaktion, Dominikswall 3 Querbez. III, die diesen Teil des Blattes bearbeitet. — Im Interesse der raschen Abwicklung der Geschäfte bitten wir unsere werthen Leser, Mitarbeiter, Inserenten und Geschäftsfreunde, diese Zeitung des Geschäftsbetriebes genau zu beachten, da bei ungenauer Adressierung leicht Zeitver säumnisse und unliebsame Verzögerungen entstehen. ::

Bergewendet nicht eure freie Zeit!

Benutzt die Arbeiter-Bibliotheken!

Seht die Gemeindegewählerlisten ein!

Gemeindebureaus öffentlich zur Einsichtnahme aus. Scheue niemand die geringe Mühe!

Organisiert das nächste Treffen, Proletariat!

Parteilosen! Es gilt, den Volksfeinden in den Gemeindevertretungen auf den Leib zu rücken. Darum sichere sich jeder sein Wahlrecht! Nach § 56 der Landgemeindegewählordnung liegt die Gemeindegewählerliste vom 15. bis 30. Januar während der Dienststunden in den

Aus Westpreußen.

Gegen den schwarzblauen Block.

Der Parteivorstand übergab uns folgende Erklärung zur Veröffentlichung:

Die politische Situation macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, bei den Stichwahlen alles daran zu setzen, um den schwarzblauen Block zu zerschlagen. Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen mit derselben Wucht, mit der sie bei der Hauptwahl den Kampf mit so glänzendem Erfolge geführt haben, auch in der Stichwahl die Reaktion siegreich niederzujagen wissen werden.

Soll das augenblickliche politische Ziel erreicht werden, so müssen die Parteigenossen ferner überall da, wo sie zwischen gegnerischen Kandidaten zu wählen haben, denjenigen vorkommen, der die besten Bedingungen annehmen hat. In erster Linie haben sie in diesem Fall für den Fortschrittler einzutreten. Unter keinen Umständen darf eine sozialdemokratische Stimme für die Konservativen oder das Zentrum, für die Reichspartei oder die Wirtschaftliche Vereinigung abgegeben werden. Nieder mit dem schwarzblauen Block!

Wachen wir!

Unter dieser Überschrift führt die Wiener Arbeiter-Zeitung aus:

Man kann den Blick nicht losreißen von dem Bilde proletarischer Kraft, das die deutschen Wahlen bieten. Denn es ist in Wahrheit ein unvergleichlicher Sieg, den unsere deutschen Brüder erkämpft haben. Das ganz Einzige dieses sozialdemokratischen Wahlerfolges besteht darin, daß es ein Sieg auf allen Punkten ist. Es hat sicherlich von den dreihundertsebenundneunzig Wahlkreisen und nicht einer ausgeschlossen, auch nicht einer wird unter den Erwartungen geblieben sein, zu denen er noch seiner wirtschaftlichen und politischen Gestaltung berechtigte, in jedem wird alles geleistet sein, was nach der Sachlage zu leisten überhaupt möglich. Ob man im Norden Rasthof hält oder im Süden, ob man die Wahlkreise in Westfalen prüft oder im Osten; überall der gleiche gewaltige Aufschwung, die gleiche Wucht des Aufstieges, überall riesig steigende Stimmzahlen, überall der gleich kräftige Vormarsch! Auch einer gut organisierten Partei kann es zustoßen, daß ein Gebiet, wenigstens ein Wahlkreis verliert, daß irgendwo Fehler geschehen und im Wahlergebnisutage treten. Das einzige dieser Wahl ist es aber, daß das glänzende Bild ohne jeden betrübenden Flecken geblieben ist, daß die sozialdemokratische Kraft überall mit der gleichen Energie gewaltet hat. Es gibt Wahlkreise, wo die Partei hunderttausend Stimmen zählt, und Wahlkreise, wo der Zählerstand nur einige hundert Stimmen ertönen kann. Bei einer anderen Partei könnte in dem absolut sicheren Wahlkreis der Eiser erlahmen, in dem ganz ausschließlichen der Werberarbeit einschlagen. Aber so ist eben die reichsweite Sozialdemokratie geschaffen und das macht sie für jede andere Partei zum unerreichbaren Vorbild; daß es den Betroffenen ebenso wichtig ist, in dem verfechtesten Winkel hundert Stimmen zu gewinnen, obgleich jeder Mandatsgewinn ausgeschlagen, und in dem sichersten noch tausend Stimmen mehr zu zählen, zumeist eine Gefährdung des Mandats unbedenkbar ist! Die dynamischen Kräfte der Sozialdemokratie, die sie in der Wahl vor allem zu fühlen, gern höher, in Wirklichkeit jedoch nur ihrer selbst. Denn die Partei der deutschen Arbeiter ihre einzige Kraft; daß es ihr vor allem darauf ankommt, die Menschen zu Sozialdemokraten zu machen, daß sie also mit keiner Stimmenschaft zufrieden sein kann, es bei keiner beschiden läßt, sondern immer weiter und weiter arbeitet, immer weiter und weiter zehrt; daß die Summe ergeben wird, daß die Mehrheit des deutschen Volkes aus Sozialdemokraten besteht, daß der Tag gekommen ist, der mit der politischen die gesellschaftliche Umwälzung bringt!

Aber Erfolge und Siege wie es der Sieg des zwölften Jänner war, fallen nicht vom Himmel, die können auch nicht die Günstigen zufälligen und vorübergehenden Augenblicks sein; die müssen erarbeitet werden. Erarbeitet, das ist ihr Geheimnis, das ist auch ihre große Lehre! Sicherlich würden unsere deutschen Genossen unter den Umständen, die der proletarischen Werberarbeit ein fruchtbares Erdreich schaffen, wie das ungeheure Wachstum der Bevölkerung und insbesondere der Industrie, die Zusammenballung eines so großen Teiles der Nation in Städten und Großstädten, die ungebrochene nationale Einheit, die geschichtlichen Wurzeln der Partei — vor allem aber ihre schon erreichte Größe, die die Partei vorwärts treibt, gleichem durch sich selbst vorwärts trägt. Aber was wäre alle Günstigkeit der Bedingungen, aller Vorteil der Verhältnisse, wenn sie nicht die Ergänzung in dem niemals aussehenden Eifer, in der ununterbrochenen wachsenden Energie der Partei, nicht ihre Ergänzung in der echten, proletarischen Leidenschaft, die dem Erfolge einfließt, die keine Schlappe entwirft, finden würde! Und das sollen, das müssen wir von der deutschen Partei lernen! Wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich sind ein kleines Volk, und das Zahlenmäßige der Siege unserer Brüder da draußen ist uns natürlich wertlos. Aber das können wir ihnen schon nachmachen, wenn wir nur unsere ganze Kraft annehmen, daß wir die gesamte Arbeiterkraft in unser Lager bringen, daß wir aus jedem Arbeiter einen Gefährten unseres Ringens und Strebens machen. Das kann nicht erst in einer Wahlbewegung begonnen werden, auf dieses Ziel muß unser Augenmerk jeden Tag, muß es immer gerichtet sein! Immer organisieren: das ist das Geheimnis der Erfolge unserer deutschen Brüder und es ist ein unwiderrückliches Geheimnis. Immer organisieren: nicht bloß von

Partei wegen, sondern in jeder Werkstatt, in jedem Betrieb, in jedem Laden, ebenso bei der Arbeit wie in den Stunden der Muße, am Wochentag und am Sonntag, von jedem und von allen. Organisieren: das heißt das Klassenbewußtsein der Arbeiter erwecken und wachhalten! Organisieren: das heißt alle Wirksamkeiten der proletarischen Idee auf den Arbeiter strömen lassen, ihn zum Verbündeten im politischen Verein, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft zu machen, ihn zum Sozialdemokraten in des Wortes umfassendster Bedeutung zu erheben. „Organisieren“: das heißt ihn dem Verbannungsbereich der bürgerlichen Presse entziehen und zum Feind der sozialdemokratischen Presse ihn erziehen. Organisieren wir, und dann wird kein Feind uns was anhaben können!

Nicht eine Zeile, die nicht voll und ganz den Nagel auf den Kopf trafe. Erfolge fallen nicht vom Himmel. Wir in Westpreußen bearbeiten sicher eines der steinigsten Gebiete. Und doch gewannen wir unter den widrigsten Umständen mehr als 8000 Stimmen! Wir überflügeln das Zentrum, trotz der Gerissenheit, mit der seine Agitatoren Lüge in Wahrheit zu verkehren wissen! In einer ganzen Reihe von Dörfern und Städten ist jetzt das Fundament gelegt. Darauf gilt es weiter zu bauen. „Wer rastet, der ruhet!“ Darum Genossen, kein Ausrasten! Wir wollen den Weichselgau zu einem starken proletarischen Bollwerk machen und dazu brauchen wir auch den letzten von Euch.

Elbing.

Unsere Parole: Stimmhaltung findet unter unseren klarenköpfigen Genossen ungeteilte Zustimmung, wie das ja eigentlich selbstverständlich ist. Nur die „vaterländischen“ Mäher und einige „rosarote kluge Politiker“, die „staatsmännisch“ und „diplomatisch“ nicht den allgemeinen Klassenkampf unbedeutend und zielbewußt verfolgen und die nur an heute denken, reden sich ein, Schröder wäre das „kleinere Übel“. Diesen wenig gefestigten Überzeugungen entspricht auch die Auffassung, es handele sich um zwei Personen, zwischen welchen die Sozialdemokratie zu entscheiden hatte, zwischen Oldenburg und Schröder. Das ist ein gewaltiger Irrtum.

Genoss, Oldenburg ist einer der reaktionärsten Junker, ein offener Haßler aller Volksrechte. Aber die volksfeindlichen „Besche“, die uns der Schnapsblodereichtag in großer Fülle bescherte, machte nicht Oldenburg, die verdanken wir den Konservativen und dem Zentrum. Oldenburg stimmte diesen Besche zu, weil er überzeugter Konservativer ist. Der einzelne hat im Reichstage weder Macht noch Bedeutung. Der Fraktionszwang zwingt jeden, so zu reden und zu stimmen, wie die Partei es vorschreibt. Will man andere Besche, dann ist der Kampf nicht gegen eine Person, sondern gegen die Partei zu richten. Es mußte also die volksfeindliche Partei der Konservativen durch die Sozialdemokratie besiegt werden, sollte eine freiheitliche Politik im Interesse des Vaterlandes den alten reaktionären Pöfchlauch vertrieben. Das gelang diesmal noch nicht. Dies kann doch nun kein Grund sein, für die konservative Partei einzutreten. Der „vaterländische“ Schröder ist, wie er mit besonderem Nachdruck immer wieder betont, konservativ und damit für uns erledigt.

Wer jetzt meint, dann liegt doch aber Oldenburg, dem antworten wir, daß es dem Volke gleich sein kann, ob der neue konservative Abgeordnete für Elbing-Marienburg Schröder oder Oldenburg heißt. Schröder muß ebenso wie Oldenburg im Reichstage mit der konservativen Partei und dem Zentrum gegen die breiten Massen der Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibenden und Unterbeamten und für die Vorteile der Großgrundbesitzer und Großindustriellen wirken.

Zweimal, 1903 und 1907, hatten jene Leute, die heute wie wild gegen den roten Lappen Oldenburg rufen, die Möglichkeit, den konservativen Oldenburg zu stürzen und dem Sozialdemokraten Crispian zum Siege zu verhelfen. Beidemals gingen sie, ohne einen Augenblick zu zögern, in das Lager der Volksfeinde. Schröder erklärte in Elbing selbst, in einer Stichwahl zwischen Crispian und Oldenburg, ohne Besinnen für den ärgsten Agrarier Oldenburg einzutreten. Da geloten jene Herren ihr wahres Gesicht und daß sie in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie einzig sind. Heute muten sie den Sozialdemokraten zu, als Stimmwisch einen blaushäutigen Konservativen herauszuheben. Diese Zumutung verlegt jeden Arbeiter in seiner Klassenloyalität so tief, daß er das Angebot mit tiefer Enttäuschung von sich weist. Wer kann schwanken, wenn er sich entscheiden soll zwischen der Solidarität gegenüber seinen Arbeitsbrüdern und der Verteidigung und Stärkung der herrschenden Klassen!

Jeder Arbeiter, der bei der Stichwahl den konservativen Schröder wählt, trennt sich damit von seinen Brüdern und wird zu ihrem Feinde. Daß ein Sozialdemokrat gegen unsere Parole handeln könnte, glauben wir nicht. Dann wäre er eben nicht Sozialdemokrat.

Alles Geschrei und Geschimpfe scheidet uns nicht an. Daran gewöhnten wir uns längst im harten Ringen zwischen Kapital und Arbeit. Weder Oldenburg noch Schröder, sondern Stimmhaltung, so lautet die Parole des klassenbewußten Proletariats am 25. Januar.

5 Mark als Judaslohn.

Die Elbinger Zeitung teilt folgendes mit: „Ein Industrieller des Landkreises Elbing hat fast jedem seiner Arbeiter für den guten Ausfall der Reichstagswahl in seinem Bezirk 5 Mark als Belohnung gezahlt. Nun wollen die Arbeiter auch bei der Stichwahl „gut“ wählen. — wenn sie wieder 5 Mark erhalten.“

Schade, daß die Zeitung nicht den Namen des edler Spenders mitteilt, der ungeniert mindestens indirekten Stimmkauf treibt. Gut wäre es, wenn die breiteste Öffentlichkeit nicht nur den Industriellen, sondern auch die Arbeiter kennen lernte, die für 5 Mark bereit sind, „gut“ zu wählen; d. h. Gefinnungslumpen zu werden.

Nicht Sozialdemokraten, sondern fernstehende Arbeiter. In der Volksbewegung am 18. Januar gab Benosse Crispian bei Überzeugung Ausdruck, daß „vaterländische“ Leute Arbeiter gekauft haben, um diese gegen das Proletariat auszuspielen. Die meisten Zeitungen gaben diese Äußerung in ihren Berichten knagend wieder, während einzelne Blätter das Wort Arbeiter in Sozialdemokrat umänderten und es so darstellen, als hätte Benosse Crispian von gekauften Sozialdemokraten gesprochen. Das ist nicht richtig. Benosse Crispian zielt nicht auf Sozialdemokraten, sondern auf Arbeiter, die unserer Bewegung nicht als Mitglieder angehören.

Der konservative Herr Schröder läßt durch das „vaterländische“ Preßorgan erklären, daß er eine Festlegung auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen durch schriftliche Anerkennung ablehnen müsse, weil damit die verfassungsmäßige Abstimmungsfrist des Abgeordneten unvereinbar sei. Wie kommt es nun aber, daß derselbe Herr Schröder in einem Flugblatt des vaterländischen Wahlvereins schreibt: „Handwerker, wählt Schröder. Er hat eure Forderungen unterzeichnet.“

Da haben wir so eine kleine Probe davon, wie der „vaterländische“ Kandidat Arbeiter und wie er Unternehmer behandelt.

Die Sehnsucht der „Vaterländischen“.

Nach der Neuen Bef. Corr. wird dem neuen Reichstage alsbald der Entwurf zu einem Gesetz „über den Schutz Arbeitswilliger gegen den Streikterrorismus“ vorgelegt werden, damit gewissermaßen die Probe auf das Exempel gemacht werde, ob sich im neuen Reichstage eine Mehrheit für die „nationale Aufgabe“ der Niederschlagung der Gewerkschaften und noch größere staatliche Förderung des schlimmsten Unternehmerterrorismus findet. Der konservative Kandidat der „Vaterländischen“ in unserem Wahlkreis und die „vaterländische“ Zeitung verlangen vor dem 12. Januar wiederholt und wiederholt: Verstärkter Schutz für Streikbrecher! Die Großindustriellen Millionäre, die „vaterländischen“ Drahtzieher, mahregelten schon viele Arbeiter in ihren Betrieben, die nur das Verbrechen auf sich geladen hatten, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Die Großindustriellen liefern dem Reichstage verheerendes Material über angebliche Terroristensfälle organisierter Arbeiter gegen Streikbrecher. Die Großindustriellen verlangen Zuchthausgeleise gegen die Gewerkschaften. Damit diese Forderungen im Reichstage durchgedrückt werden können, sollen möglichst viele konservative Abgeordnete gewählt werden. In Elbing-Marienburg also Herr Schröder oder Herr Oldenburg. Und solchen Männern liefern die Hirsch-Dunkerschen Führer die Bewegwerke schon zur Hauptwahl aus. Sind das nicht prächtige Arbeiterführer?

S. oberordneter-Sitzung vom 19. Januar 1912.

Das Interesse, welches dem Projekt der Errichtung einer Fleischoverpackungshalle auf dem kleinen Projertplatz entgegengebracht wurde, hatte eine größere Anzahl Tribünenbesucher zur Anwesenheit in dieser Sitzung veranlaßt. Doch fehlte die Würfel bereits am Abend vorher. Zu dieser Frist waren die Mitglieder der ersten und zweiten Abteilung nochmals berufen, einen längeren Vortrag des ersten Bürgermeisters über die Verantwortlichkeit der Vorlage zu hören. Trotz aller Bemühungen aber vermochte das Stadtoberhaupt nicht die bereits gebildeten Meinungen zu ändern und der Vorlage eine günstige Verabredung zu sichern. Ein stimmig ward sie dem Untergang geweiht. Unter diesen Umständen handelte der Magistrat taktisch klug und zog die Vorlage zurück.

Die Jahresrechnungen des Gas- und Wasserwerkes von 1910 ergaben einen Reingewinn von 227 000 bzw. 121 000 Mark.

Während die Haushaltspläne dreier Hospitäler ohne weitere Erörterung Billigung fanden, setzte bei dem Etat der Armenverwaltung eine längere Debatte ein, da Genosse Triffo dem Magistrat durchgreifendere Fürsorge für die Opfer der hier herrschenden Wohnungsnot und auch die Errichtung von Warmhallen forderte. Damit ließ unter Redner auf lebhaften Widerspruch seitens der bürgerlichen Mehrheit, deren Wortführer Kleinert und Frankenberg die Armenpflege Elbings in den höchsten Tönen priesen und die Arbeiterschaft, mit allgemeinen Verdächtigungen beleidigten. Den Herren ward aber der Standpunkt genügend klar gemacht. Selbst Herr Stadtrat Kaffan sah sich genötigt, die Reberbeitungen Kleinerts in entsprechender Weise zu korrigieren. Die in einer früheren Sitzung angeregte Reorganisation des Stadtbauamtes fand durch den Beschluß, das Sachamt aus dem Tiefbauamt zu trennen, ihre vorläufige Erledigung. Für die letztgenannte Behörde soll als verantwortlicher Leiter ein Regierungsbaumeister bestellt werden. Dadurch erhöhen sich die bisher über 30 000 Mark jährlichen Kosten des städtischen Bauamtes auf über 4500 Mark. Ob nunmehr die vielfachen Klagen über das Bauamt verstummen? Wir möchten dies zunächst bezweifeln. Uns scheint die Notwendigkeit der Veränderung auf anderem Gebiete zu liegen.

Einer Art Massenpolitik ward durch eine Vorlage das Wort geredet, welche für eine größere Anzahl unterer Beamten an Stelle lebenslänglicher Anstellung eine solche mit vierwöchentlich und dreimonatlicher Kündigung vorsieht. Wir finden im Interesse der Bürgerlichkeit keinen Geschmack an dem Anstellungsmodus auf Lebenszeit. Ein solches System birgt schwere Gefahren in sich. Eigentümlich aber ist, daß das Kommunalbeamten-Gesetz für die höheren Beamten die lebenslängliche Anstellung zur Bedingung macht, während es für die unteren Beamten die Kündigungsbedingung durch Disziplinarstatut zuläßt. Also Klassen-Politik.

Wäre es nicht, daß der Provinzialausschuß Westpreußens 30 000 Mark Beihilfe zu den städtischen Straßenpflasterungskosten gewährt habe. Ganz schön, doch erinnern wir uns hierbei, daß die Stadt Elbing alljährlich an Provinzial- und Kreisbahnen nicht weniger als 150 000 Mark entrichtet. Die Veranlassung nahm von der „hochherzigen Rückvergütung“ Kenntnis.

Nach schlimmer als wir dachten.

Die Vaterländischen legen unter der Flagge der Freiheit...

In Pansgrah-Belone...

Danzig-Land.

Der Landrat für das Gesetz.

Am letzten Freitag...

Der Landrat...

Der Landrat...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Marineverder.

Zum Reichsereidgesetz in Westpreußen.

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Langig ein hochnotpeinliches Verhör...

Brandenz.

Gemütvoll von der Gazeta Grudziaska.

Am Tage vor der Wahl...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Thorn.

Das Grenzkomitee in Poddag.

Die Nachrichten...

Flatow.

Ein Bittenschild aus dem dunklen Jahr.

Die Nachrichten...

Stiene Nachrichten aus Westpreußen.

Die Nachrichten...

Die Wahlchlicht.

Wahlüber aus Westfalen.

Die Nachrichten...

ben all diesen Verleumdern die gebührende Antwort erteilt!

Der gewaltigen Zunahme der Sozialdemokratie...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Die Nachrichten...

Table with 4 columns: Party, 1907, 1912, Increase. Lists Social Democrats, Center, National Liberals, etc.

Mit dem Resultat von 1912 läßt die Sozialdemokratie...

In den Industriezentren Bochum und Dortmund...

Die Nachrichten...

Table with 4 columns: Party, 1871, 1912, Increase. Lists Social Democrats, Center, etc.

Nah und Fern. In der Dynamitfabrik in Schließ...

Zweites sensationelles Angebot

in unserem

Inventur-Verkauf

Von heute

Dienstag,
den 23.

bis

Sonnabend,
den 27.
Januar.

Auch diesmal sind die Vorteile, die wir bieten, ganz ungewöhnliche und empfehlen wir unsere heutige Ankündigung aufmerksamster Beachtung.

Einige Preisangaben aus unseren Abteilungen.

Herren-Garderoben, Kinder-Konfektion und Herren-Bedarfsartikel

Ein grosser Posten	zweireihige Herren-Anzüge, elegante Formen, moderne Stoffe	19,50	Ein grosser Posten	weisser Oberhemden mit fester Manschette und Rips-Einsatz	3,95
Ein grosser Posten	Stellhosen in allen Grössen, besonders haltbare Qualitäten	2,95	Ein grosser Posten	Herren-Kragen 6 und 7 cm hoch in modernsten Fassons	35 s
Ein grosser Posten	Herren-Winterjoppen aus besten Lodenstoffen	6,75	Ein grosser Posten	farbiger Diplomat in simili Seide Serie I 29 s Serie II 39 s Serie III 45 s	
Ein grosser Posten	Herren-Winterjoppen, elegant verarbeitet mit Faller	7,50	Ein grosser Posten	farbiger Regattaes zum Aussuchen Serie I 39 s Serie II 58 s Serie III 78 s	
Ein grosser Posten	bunter Herren-Oberhemden in zeitlichenden Dessins	1,95	Ein grosser Posten	Selbstbinder in schweren Qualitäten	45 s
Ein grosser Posten	bunter Oberhemden, vorzüglich verarbeitet mit durchgemusterten Rumpf	2,85	Ein grosser Posten	steifer Herren-Hüte in deutschen und englischen Formen	3,50

Weit unter Preis!

Ein grosser Posten blauer Cheviot-Knaben-Anzüge

mit offenen und geschlossenen Blusenlansons für das Alter von 3-9 Jahren Einheitspreis 3,75

Weit unter Preis!

Schuhwaren

Ein grosser Posten	Damen- und Herrenstiefel, Marken Herz und Hossia, in einzelnen Grössen zum Aussuchen	7,50
Ein grosser Posten	Damen-Halbschuhe in braun und schwarz, fest in allen Grössen, regulärer Wert bis 14,50 für	6,50
Ein grosser Posten	Damen-Stiefel in Cheviot und Boxcal, mit und ohne Lastkappe, in den Grössen 36, 37, 38	4,95
Ein grosser Posten	Damen-Halbschuhe in Cheviot und Boxcal in einzelnen Grössen	3,90
Ein grosser Posten	Damen-Ballschuhe in weiss und schwarz Leder zum Ausuchen	1,95
Ein grosser Posten	Damen-Ballschuhe in den Grössen 36-38 regulärer Preis bis 3,00	1,95
Ein grosser Posten	Herren-Tennisschuhe in weiss und grau	1,95

Handschuhe u. Strümpfe

Ein grosser Posten	Taschenhandschuhe, Wildleder-Imitation	39 s
Ein grosser Posten	gestrichter Handschuhe in grau, mode und braun	45 s
Ein grosser Posten	weisse Herren- und Damen-Glacehandschuhe	98 s
Ein grosser Posten	farbige Damen-Strümpfenschuhe in allen Grössen	90 s
Ein grosser Posten	Damen- und Herren-Glacehandschuhe in allen Farben, mit warmem Futter	98 s
Ein grosser Posten	gestrichter Herren-Strümpfe in haltbaren Qualitäten	35 s
Ein grosser Posten	gestrichter Herren-Strümpfe in besonders weicher Qualität	45 s
Ein grosser Posten	gestrichter Damen-Strümpfe in schwarz, deutsche Längen	35 s

Handarbeiten

Ein grosser Posten	Perade-Handtücher fertig gestickt	95 s
Ein grosser Posten	Tischläufer, vorgezeichnet	95 s
Ein grosser Posten	Schlummer-Rissen mit Rückwand	85 s

Schürzen

Ein grosser Posten	Satin-Tändelschürzen mit türkischen Bordüren	68 s
Ein grosser Posten	blau-weiss gepunkteter hausschürzen, Blusenform	98 s
Ein grosser Posten	Reformschürzen, sehr elegant mit Bordengarnitur	98 s
Ein grosser Posten	hell gestreifter Ginghamsschürzen mit Bordchenbesatz	98 s

Diverse einzelne sehr billige Angebote

Ein grosser Posten	anziehende Korsettes, weiss und blau gestreift	1,35
Ein grosser Posten	sehr eleganter Korsettes in schwarz-weiß und blau-weiß gestreift, langhültig	1,65
Ein grosser Posten	Sonnen-Damen-Beinkleider, langhültig	98 s
Ein grosser Posten	Damen-Unterwäsche aus Eiderfilanell gebogen mit runder Bunte	1,58
Ein grosser Posten	Damen-Unterwäsche, Trikot, extra weit geschnitten	1,25
Ein grosser Posten	Herren-Trikot-Unterhemden, garantiert nicht fälschend, zum Aussuchen	1,48
Ein grosser Posten	Herren-Trikot-Unterhemden, sehr dauerhaft	1,38
Ein grosser Posten	gestrichte Herren-Unterjacken, zum Ausuchen	1,68
Ein grosser Posten	Männernemden aus blau-grünem Eiderfilanell, 100 cm lang	1,35
Ein grosser Posten	Männernemden aus hell gestreiftem Barchant, Gerade- und Schrägschluss, 100 cm lang	1,08

W. H. Haus D. Loewenthal, Elbing.